



Kreis Ostholstein

Lagebericht zum Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2009

Gemäß § 44 Abs. 2 GemHVO Doppik ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht nach § 52 GemHVO Doppik beizufügen, dessen Inhalte in § 52 GemHVO Doppik näher bestimmt werden: „Der Lagebericht ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.“

1. Einführung der Doppelten Buchführung in Konten (Doppik) zum 01.01.2009

Der Kreistag hätte in seiner Sitzung am 20.03.2007 beschlossen, die Haushaltswirtschaft für die Gesamtverwaltung des Kreises Ostholstein ab dem Haushaltsjahr 2009 nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung zu führen.

Dem Realisationszeitpunkt vorangestellt war die Überführung der Stiftung zur Förderung der Kultur und der Erwachsenenbildung in Ostholstein sowie der Stiftung Eutiner Landesbibliothek zum 01.01.2008 in einen doppischen Pilotbetrieb.

Der Haushaltsplan 2009 des Kreises wurde entsprechend nach den Grundsätzen des neuen kommunalen Haushaltsrechts erstellt und war damit der erste doppische Haushaltsplan für den Kreis Ostholstein. Grundlage für die Aufstellung waren damit erstmals die Regelungen der geänderten Gemeindeordnung und der betreffenden Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO-Doppik). Neben diesen Vorschriften wurden zur Erstellung des Haushaltsplanes die Empfehlungen des Landkreistages zur Strukturierung des Produktrahmens umgesetzt.

Der Beschluss der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 durch den Kreistag erfolgte in der Sitzung am 06.12.2011. Der Beschlussfassung vorausgegangen war die Kenntnisnahme des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Eröffnungsbilanz des Kreises Ostholstein zum 01.01.2009 vom 22.11.2011. Dieser Schlussbericht beinhaltete eine Reihe von Hinweisen, die entsprechende Korrekturerfordernisse nach sich zogen. Der Stellungnahme der Verwaltung zu den betreffenden Prüfungsfeststellungen ist der Kreistag in seiner Sitzung am 27.03.2012 schließlich einstimmig gefolgt. Auf dieser Grundlage beinhaltet nun der erste doppische Jahresabschluss 2009 des Kreises Ostholstein die infolge der Hinweise aus dem Schlussbericht zu vollziehenden Korrekturen.

Gemäß § 56 GemHVO Doppik sind die betreffenden Wertänderungen ergebnisneutral mit der Ergebnisrücklage zu verrechnen. Dementsprechend wurde bei den erforderlichen Anpassungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2009 verfahren. Aufgrund des Nichtvorhandenseins einer betreffenden Ergebnisrücklage sind die Wertberichtigungen mit dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag verrechnet worden. In gleicher Weise wurde mit entsprechenden Sachverhalten verfahren, die im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bekannt geworden sind und eine deckungsgleiche Verarbeitung erfordert haben.

Bei der Aufstellung des ersten doppischen Jahresabschlusses 2009 wurden die bewährten Abstimmungsprozesse mit dem Fachdienst Rechnungs- und Gemeindeprüfung, insbesondere vor dem Hintergrund der noch vergleichsweise jungen Rechtsmaterie, in für beide Seiten leistbarem Umfang genutzt.

2. Verlauf des Haushaltsjahres 2009

Mit Beginn des Haushaltsjahres 2009 hat die Kreisverwaltung Ostholstein das Buchungsgeschäft nach den Grundsätzen des doppischen Rechnungswesens aufgenommen. Die unmittelbare Umstellung der Buchführungspraxis ist weitgehend problemlos verlaufen. Vorausgegangen waren eine Vielzahl nutzerspezifischer Anwendungsschulungen. Probleme waren hingegen bei Fertigstellung der Eröffnungsbilanz und in Teilen auch in der täglichen Buchungspraxis zu verzeichnen. Insbesondere auf Ebene der dezentralen Buchführungskräfte war daher ein intensiver Anwendersupport zu leisten, der wiederum mit nennenswerten Kapazitätenbindungen verbunden war.

Angesichts der bevorstehenden Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, auch Konjunkturpaket II genannt, hatte der Innenminister den ersten doppischen Haushalt mit dem in ihm ausgewiesenen Kreditbedarf erstmals wieder ohne Kürzung genehmigt. Positiv hervorgehoben wurde dabei die Anhebung des Umlagesatzes der Kreisumlage, auch wenn der gewogene Durchschnittsumlagesatz für die allgemeine Kreisumlage des vergangenen Haushaltsjahres noch unterschritten werde. Weiterhin wurde von dort festgestellt, dass die dauernde Leistungsfähigkeit des Kreises trotzdem noch nicht gegeben sei, zumal es weiterhin zu einer Nettoneuverschuldung kommen werde.

Der im Zusammenhang mit dem **Konjunkturpaket II** erforderlich gewordene **1. Nachtragshaushalt** stellte zunächst einmal die Ermächtigungsgrundlage dar, um die im Zusammenhang mit der Krankenhausfinanzierung für energetische Sanierungen erforderlichen Bewilligungsbescheide erteilen zu können. Die vorhandene Kassenkreditlinie diene hier der vo-

rübergehenden Zwischenfinanzierung bis zur endgültigen Aufnahme entsprechender Investitionsdarlehen.

Seit Jahresbeginn hatten sich aber auch in anderen Bereichen Veränderungen aufgezeigt, die dann in einem **2. Nachtragshaushalt** abgebildet wurden. Insbesondere sind dabei zu nennen:

- Übernahme von Resteermächtigungen in Folge des Jahresabschlusses 2008
- Erstattung des Elternanteils an den Schülerbeförderungskosten
- Durchführung von Brandschutzmaßnahmen an den Kreisgymnasien

Die Bildung und der Ausweis von Haushaltsausgaberesten stellt nach dem doppelischen Haushaltsrecht die nachrichtliche Ermächtigung dar, Verpflichtungen (Aufwand/Auszahlungen) in dieser Höhe zusätzlich zum Haushaltsansatz eingehen zu können. In 2009 sind in diesem Zusammenhang aus dem Übergang der Kameralistik (Jahresrechnung 2008) Reste in einer Größenordnung von zusätzlich 4,8 Mio. Euro ausgewiesen worden. Aufgrund ihrer Bedeutung und des Volumens und damit Auswirkung auf das Ergebnis wurden die bisherigen Planansätze mit dem 2. Nachtragshaushaltsplan daher um die nach damaliger Sachlage notwendigen Beträge erhöht. Diesem zusätzlichen Belastungspotential, das entweder die Summe der Aufwendungen oder aber den Gesamtkreditbedarf (bei Investitionen) erhöht, standen zugleich erhöhte Ertrags- bzw. Zuweisungserwartungen (bei Investitionen) gegenüber. Infolge des 2. Nachtragshaushaltes für das Jahr 2009 war erwartet worden, dass sich die strukturelle Fehlbetragserwartung in Summe vermindern wird; der Bedarf an Kreditaufnahmen indes aber steigt.

Aufgrund der Gesamtdimension des Einführungsprojektes Doppik sind bei der sachgerechten und korrekten Verbuchung von Aufwendungen und Erträgen sowie von Ein- und Auszahlungen insbesondere im Jahr 2009 noch eine Reihe von Basiserfahrungen gewonnen worden. Hilfreich waren dabei u. a. auch die Hinweise und Bemerkungen des Landesrechnungshofes (LRH), die im Rahmen der überörtlichen Prüfung gewonnen wurden. Dabei ist zugleich deutlich geworden, dass die Veranschlagungen im Haushaltsplan nicht in jedem Falle zielgenau getroffen wurden. Die Jahresabschlussarbeiten, die sich insbesondere aufgrund der verzögerten Fertigstellung der Eröffnungsbilanz bis weit in das Jahr 2012 hinein gezogen haben, waren dabei von der Maxime geleitet, eine sachlich korrekte Verbuchung der betreffenden Geschäftsvorfälle zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang waren dort dann auch große Aufwands- und Ertragsblöcke innerhalb der Ergebnisrechnung umzugruppieren.

Nach § 95 m der Gemeindeordnung (GO) ist der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen. Nach § 44 Absatz 4 der GemHVO Doppik legt die Gemeinde bis spätestens 01. Mai eines jeden Jahres der für sie zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde und Prüfungsbehörde den Jahresabschluss vor. Diese Vorgaben konnten aufgrund der beschriebenen Gesamtumstände zunächst für das Jahr 2009, in der Folge dann aber auch für die Jahre 2010 – 2011 so noch nicht erfüllt werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Kreise in Schleswig-Holstein eine Vorreiterrolle in der Einführung des doppelischen Rechnungswesens eingenommen haben. Dementsprechend hatten bzw. haben insbesondere die Kreise hier erhebliche Verzögerungen zu verkraften. Im Quer-

schnitt aller Kreise liegt der zeitliche Versatz in Ostholstein auf etwa durchschnittlichem Niveau. Mit der Fertigstellung des ersten doppischen Jahresabschlusses ist zugleich aber auch das Signal verbunden, die noch ausstehenden Jahresabschlüsse in der Folge zügig fertigzustellen, um in der Folge eine dauerhafte Einhaltung der gesetz- bzw. verordnungsrechtlichen Fristvorgaben gewährleisten zu können.

Nach Vollendung aller erforderlichen Korrektur- und Abschlussbuchungen schließt die Ergebnisrechnung 2009 wie folgt:

Ergebnisrechnung des Kreises Ostholstein für 2009

Ertrags- und Aufwandsarten			Fort- geschriebener Ansatz 2009	Ist-Ergebnis 2009	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächtigungen für 2010 Haushaltsreste
in €						
1	2	3	4	5	6	7
40	1.	Steuern und ähnliche Abgaben	3.223.300,00	3.225.065,49	-1.765,49	0,00
41	2.+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	109.523.800,00	114.184.493,20	-4.660.693,20	0,00
42	3.+	Sonstige Transfererträge	4.535.900,00	4.837.800,84	-301.900,84	0,00
43	4.+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.786.900,00	13.621.068,56	165.831,44	0,00
441-442, 446	5.+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	863.100,00	872.314,18	-9.214,18	0,00
448	6.+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	59.871.900,00	55.710.675,67	3.961.224,33	0,00
45	7.+	Sonstige ordentliche Erträge	4.776.500,00	6.545.645,80	-1.769.145,80	0,00
471	8.+	Aktivierete Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
472	9.+/-	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
	10.=	Ordentliche Erträge	196.381.400,00	198.997.063,74	-2.615.663,74	0,00
50	11.-	Personalaufwendungen	27.181.900,00	26.442.148,18	739.751,82	0,00
51	12.-	Versorgungsaufwendungen	168.900,00	212.257,24	-43.357,24	0,00
52	13.-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.882.900,00	10.375.310,42	-492.410,42	419.000,00
57	14.-	bilanzielle Abschreibungen	3.431.600,00	3.400.348,40	31.251,60	0,00
53	15.-	Transferaufwendungen	130.095.600,00	94.418.496,23	35.677.103,77	0,00
54	16.-	Sonstige ordentliche Aufwendungen <i>(geänderte statistische Kontenzuordnung im Sozialhilfebereich führt zu den Verschiebungen)</i>	24.464.800,00	55.849.433,60	-31.384.633,60	183.994,09
	17.=	Ordentliche Aufwendungen	195.225.700,00	190.697.994,07	4.527.705,93	602.994,09
	18.=	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (10.- 17.)	1.155.700,00	8.299.069,67	-7.143.369,67	-602.994,09
46	19.+	Finanzerträge	2.206.200,00	3.176.266,08	-970.066,08	0,00
55	20.-	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	5.285.700,00	5.567.361,28	-281.661,28	200.000,00
	21.=	Finanzergebnis	-3.079.500,00	-2.391.095,20	-688.404,80	-200.000,00
	22.=	Ordentliches Ergebnis (18. + 21.)	-1.923.800,00	5.907.974,47	-7.831.774,47	-802.994,09

Ertrags- und Aufwandsarten			Fort- geschriebener Ansatz 2009	Ist-Ergebnis 2009	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächtigungen für 2010 Haushaltsreste
			in €			
1	2	3	4	5	6	7
49	23.	+ Außerordentliche Erträge	97.400,00	129.802,35	-32.402,35	0,00
59	24.	- Außerordentliche Aufwendungen	0,00	241,26	-241,26	0,00
	25.	= Außerordentliches Ergebnis	97.400,00	129.561,09	-32.161,09	0,00
	26.	= Jahresergebnis (22. + 25.)	-1.826.400,00	6.037.535,56	-7.863.935,56	-802.994,09

Die Gründe für die wesentlichen Abweichungen werden in der unten stehenden Budgetauswertung genannt.

Der gegenüber der Planung geringere **Personalaufwand** betrifft fast alle Teilbudgets / Produkte, wobei es insbesondere durch zeitlich versetzte Stellenwiederbesetzungen zu Einsparungen gekommen ist. In Summe machen diese rd. 0,7 Mio. € aus.

In summarischer Betrachtung ist der nach dem 2. Nachtragshaushaltsplan noch erwartete Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 1,83 Mio. € nach Abschluss der Ergebnisrechnung 2009 in einen strukturellen Jahresüberschuss von rd. 6 Mio. € gewandelt worden. Nachdem bereits im Jahr 2008, noch auf Grundlage der kameralen Rechnungslegung, ein vergleichbarer Fehlbetragsabbau gelungen ist, trägt nun auch der strukturelle Jahresüberschuss 2009 zu einem weiteren Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge bei.

Wesentlichen Einfluss auf diesen positiven Ergebnisabschluss hatte das auch im Jahr 2009 noch hohe Niveau an allgemeinen Finanzaufweisungen inkl. der Beiträge aus der Kreisumlage. Der Kreis konnte damit fortgesetzt an der positiven Finanzentwicklung seiner kreisangehörigen Gemeinden partizipieren. Da die für den Kreis bedeutsamste Finanzierungssäule der Kreisumlage systembedingt auf rückwärtig bemessenen Umlagegrundlagen beruht, waren die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für den Kreis im Jahr 2009 noch nicht unmittelbar zu verspüren. Mit ersten Einschränkungen wird dies perspektivisch auch für das Jahr 2010 noch gelten; für das Jahr 2011 waren die betreffenden Einbrüche bereits drastisch.

Die einzelnen **Budgets und Leistungsbereiche (Produkte) haben das Jahr mit folgenden Teilergebnissen in der Ergebnisrechnung "Ifd. Verwaltungstätigkeit"** (d. h. ohne Finanz- und außerordentl. Ergebnis) abgeschlossen:

Fachbereich / Fachdienst / Produkt (Beträge in €)		Personal aufwendungen	Jahres ergebnis	Personal aufwendungen	Jahres ergebnis	Abweichung Ist ./ Plan (positiver Betrag = Er- gebnisverbesserung)		Hinweis
Org.- Ziffer	Bezeichnung	Planansatz		Ist-Ergebnis		Personal- aufwand	Gesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
100	Sonderbudget Land- rat	2.942.200	-3.876.400	5.103.553,67	-3.285.138,84	2.161.356,67	-3.465.788,84	1
101	Kreisorgane (Gremien und Landrat)	378.100	-869.800	394.841,70	-660.471,17	16.741,70	9.328,83	
105	Innere Verwaltungsdien- ste, FBL stat. Prod. 11148x Gesamtverwaltung	456.500	-472.800	406.659,12	-415.307,92	-49.840,88	57.492,08	
109	Passiver Aufwand u. a. Zahlungen im Zusam- menhang mit Ver sor- gungsempfänge-m/innen	822.000	-146.200	3.295.390,29	-3.359.743,49	2.473.390,29	-3.213.543,49	1
110	0.11 Gleichstellungsbeauf- tragte (GB)	71.200	-100.100	71.239,66	-99.036,33	39,66	1.063,67	
120	Stabsstelle 0.12 PR Per- sonalrat	110.800	-122.400	106.364,64	-118.070,42	-4.435,36	4.329,58	
130	Stabsstelle 0.13 P Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	81.000	-110.000	61.325,75	-86.512,58	-19.674,25	23.487,42	
140	Stabsstelle 0.14 Rech- nungs- und Gemeindeprü- fung	622.100	-862.100	473.767,73	-513.767,73	-148.332,27	148.332,27	2
410	Stabsstelle 0.41 Kulturstif- tungen Kultur im Kreis- haushalt	400.500	-1.592.000	293.966,68	-1.032.224,20	-106.533,32	559.775,80	3

1 – Die realisierte Besoldungserhöhung sowie die generell längere Lebenserwartung bewirkt im Be-
amtenbereich bei den passiven Leistungsempfängern einen zusätzlichen Zuführungsaufwand, der
ursprünglich im Fachbereich 1 – s. u. – veranschlagt war. Diesen erhöhten Aufwendungen steht im
Fachbereich 1 insoweit eine entsprechende Entlastung gegenüber.

2 – Geringerer Personalaufwand auch durch zeitlich versetzte Stellenwiederbesetzung.

3 – Verringerung des erforderlichen Zuschussbedarfes, u. a. Einwerbung höherer Zuschüsse/
Beteiligungen und Erträge aus der Hundertwasser-Ausstellung – auf den Jahresbericht der
Stiftungsverwaltung wird verwiesen.

Fachbereich / Fachdienst / Produkt (Beträge in €)		Personal aufwendungen	Jahres ergebnis	Personal aufwen- dungen	Jahres ergebnis	Abweichung Ist ./ Plan (positiver Betrag = Er- gebnisverbesserung)		Hinweis
Org.- Ziffer	Bezeichnung	Planansatz		Ist-Ergebnis		Personal- aufwand	Gesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1000	Fachbereich 1	2.855.100	-4.153.200	2.241.676,24	-1.194.569,23	-595.423,76	1.076.646,77	
1100	Fachdienst 1.10 Personal und Organisation	2.098.500	-2.455.700	1.540.800,24	459.433,24	-557.699,76	2.915.133,24	4
1200	Fachdienst 1.20	736.600	-1.697.500	700.876,00	-1.633.986,47	-35.724,00	63.513,53	5
1201	1.20.01 Finanzverwaltung	581.700	-829.800	548.670,22	-685.648,28	-33.029,78	143.951,72	
1202	1.20.02 BgA Steuerungsun- terstützung und Service	154.900	-867.900	152.205,78	-948.338,19	-2.694,22	-80.438,19	

4 - Aufgrund der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters errechnet sich ein geringerer Be-
stand für Personalrückstellungen (aktive Beamte) mit der Folge, dass der jetzt überschießende Betrag
als *Ertrag* aus der Herabsetzung der Pensionsrückstellung einzubuchen war.

5 – Geringerer Aufwand für die Software, Verzicht auf die Beauftragung eines Wirtschaftsprüfungunternehmens für die Prüfung der Eröffnungsbilanz. Die EGOH hat zum Ergebnisausgleich einen höheren Zuschuss benötigt.

Fachbereich / Fachdienst / Produkt (Beträge in €)		Personal aufwendungen	Jahres ergebnis	Personal aufwendungen	Jahres ergebnis	Abweichung Ist ./ Plan (positiver Betrag = Er- gebnisverbesserung)		Hinweis
Org.- Ziffer	Bezeichnung	Planansatz		Ist-Ergebnis		Personal- aufwand	Gesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	
1900	Allgemeine Finanz- wirtschaft Produktbe- reich 6	69.000	62.877,000	49.366,33	53.649.169,71	-19.638,66	771.694,71	6

6 – Das Land hat auf das Jahresergebnis 2008 eine gegenüber dem Planansatz um 0,628 Mio. € höhere Fehlbetragszuweisung gewährt.

Fachbereich / Fachdienst / Produkt (Beträge in €)		Personal aufwen- dungen	Jahres ergebnis	Personal aufwen- dungen	Jahres ergebnis	Abweichung Ist ./ Plan (positiver Betrag = Er- gebnisverbesserung)		Hinweis	
Org.- Ziffer	Bezeichnung	Planansatz		Ist-Ergebnis		Personal- aufwand	Gesamt		
1	2	3	4	5	6	7	8		
3000	Fachbereich 3	7.336.400	4.912.700	6.366.898,51	-4.726.031,71	-915.841,49	2.166.668,39	7	
3150	Fachdienst 3.15 Kommunaufsicht und Wahlen	279.400	-294.100	197.056,07	-216.605,74	-82.343,93	77.494,26		
3210	Fachdienst 3.21 Sicherheit und Ordnung	2.223.900	-1.712.900	1.862.313,20	-1.432.008,95	-361.586,80	280.891,05		
3211	3.21.01 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	684.100	-580.100	529.511,91	-425.258,65	-154.588,09	154.841,35		
3212	3.21.02 Bekämpfung Schwarzarbeit	166.300	-31.400	169.310,91	8.642,38	3.010,91	40.042,38		
3213	3.21.03 Feuerwehrwesen und Katastrophenschutz	575.100	-819.900	521.073,95	-940.661,28	-54.026,05	-120.761,28		
3214	3.21.04 Rettungsdienst	798.400	-281.500	642.416,43	-74.731,40	-155.983,57	206.768,60		
3220	Fachdienst 3.22 Verkehr	1.497.300	884.800	1.457.735,08	1.953.047,13	-39.564,92	1.068.247,13		8
3221	3.22.01 Verkehrsüberwachung- und Verkehrswidrigkeiten	435.300	248.800	428.608,56	1.139.161,81	-6.691,44	890.361,81		
3222	3.22.02 Verkehr (Verkehrsaufsicht, Fahrerlaubnis, Zulassung)	1.062.000	636.000	1.029.126,52	813.885,32	-32.873,48	177.885,32		
3540	Fachdienst 3.54 Gesundheit	2.489.800	-5.061.800	2.083.049,27	-4.422.322,29	-406.750,73	639.477,71		9
3541	3.54.01 Gesundheitspflege	1.440.700	-4.162.800	1.237.921,40	-3.757.347,19	-202.778,60	405.452,81		
3542	3.54.02 Gesundheitsaufsicht (Heimaufsicht)	380.800	-277.800	300.129,40	-195.930,64	-80.670,60	81.869,36		
3543	3.54.03 Gesundheitsschutz	668.300	-621.200	544.998,47	-469.044,46	-123.301,53	152.155,54		
3570	Fachdienst 3.57 Lebensmittelsicherheit u. Tiergesundheit	846.000	-728.700	756.704,89	-608.141,86	-89.295,11	120.558,14	10	
3571	3.57.01 Verbraucherschutz, Tierschutz, Tierseuchen, Lebensmittel	698.300	-745.700	610.994,86	-603.392,30	-87.305,14	142.307,70		
3572	3.57.02 Schlachtier- und Fleischuntersuchung	147.700	17.000	145.710,03	-4.749,56	-1.989,97	-21.749,56		

7 – Geringerer Personalaufwand auch durch zeitlich versetzte Stellenwiederbesetzung. Gegenüber der Planung höhere Kostenerstattung in der EG Schwarzarbeit. Mittel der Feuerschutzsteuer (geringere Ertrag in 2009) werden entsprechend der investiven Gewährung - anders als veranschlagt - erst den Aufwand in den Folgejahren verringern. Unter Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung verringert sich das Defizit im Rettungsdienst auf 57 T€.

8 - Deutlich erhöhtes Bußgeldaufkommen insbesondere aufgrund intensivierter Überwachungstätigkeiten der Autobahnpolizei auf der BAB 1. Verstärktes Kfz.-Zulassungsgeschäft insbesondere wegen der sog. „Abwrackprämie“ (Erhöhung der betreffenden Verwaltungsgebühren).

9 - Geringerer Personalaufwand auch durch zeitlich versetzte Stellenwiederbesetzung. Die Zahlung für die pauschale Krankenhausförderung (Zuweisung an das Land – AG-KHG) ist gegenüber der Planung um 440 T€ geringer ausgefallen.

10 – Geringerer Personalaufwand, dabei auch Erträge aus nicht veranschlagter Auflösung der Alterszeitrückstellung für Personal in der Freistellungsphase.

Fachbereich / Fachdienst / Produkt (Beträge in €)		Personal aufwendun- gen	Jahres ergebnis	Personal aufwendun- gen	Jahres ergebnis	Abweichung Ist ./ Plan (positiver Betrag = Er- gebnisverbesserung)		Hinweis
Org.- Ziffer	Bezeichnung	Planansatz		Ist-Ergebnis		Personal- aufwand	Gesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
5000	Fachbereich 5	8.074.803	-65.072.630	8.219.738,17	-65.615.795,24	-615.061,05	2.886.704,79	
5010	Fachdienst 5.01 Besondere soziale Hilfen	2.824.700	-40.956.800	2.506.941,81	-38.646.345,82	-317.758,19	2.310.454,18	
5011	5.01.01 Teilstationäre und vollstationäre Hilfen in Pflegeeinrichtungen	576.800	-4.319.100	477.492,68	-3.620.207,80	-99.307,32	698.892,20	11.1
5012	5.01.02 Hilfen bei Behinderung	674.500	-4.190.300	664.018,38	-4.190.493,98	-10.481,62	-193,98	
5013	5.01.03 Ausbildungsförderung für Schüler/-innen, Unterhaltssicherung für Wehrdienstübende, Kriegsopferfürsorge und sonstige Entschädigungsleistungen, Teilhabe Schwerbehinderter	250.200	-472.400	193.921,53	-422.833,06	-56.278,47	49.566,94	
5014	5.01.04 Hilfen für Migrantinnen und Migranten, Patenschaften, Lastenausgleich	373.100	-934.100	352.077,34	-845.234,82	-21.022,66	88.865,18	
5015	5.01.05 Soziale Leistungen SGB XII außerhalb von Einrichtungen	950.100	-10.221.000	817.393,09	-8.817.309,53	-132.706,91	1.403.690,47	11.2
5016	5.01.06 Soziale Leistungen SGB II für Arbeitssuchende	0	-20.819.900	2.038,79	-20.750.266,63	2.038,79	69.633,37	
5020	5.02.00 Fachdienst 5.02 Soziale Sicherung außerhalb von Einrichtungen, Rechtsangelegenheiten und Fachaufsicht	0	0	0	-50.470,17	0,00	-50.470,17	
5100	Fachdienst 5.10 Materielle und rechtliche Jugendhilfe	4.651.400	-15.884.500	4.290.036,44	-15.328.674,21	-361.363,56	555.825,79	12
5101	5.10.01 Kindertagesbetreuung und institutionelle Förderung	418.100	-4.437.200	340.415,79	-3.875.312,67	-77.684,21	561.887,33	

Fachbereich / Fachdienst / Produkt (Beträge in €)		Personal aufwendun- gen	Jahres ergebnis	Personal aufwendun- gen	Jahres ergebnis	Abweichung Ist ./ Plan (positiver Betrag = Er- gebnisverbesserung)		Hinweis
Org.- Ziffer	Bezeichnung	Planansatz		Ist-Ergebnis		Personal- aufwand	Gesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	
5102	5.10.02 Familienhilfen	3.191.100	-11.159.700	2.969.757,14	-11.223.292,61	-221.342,86	-63.592,61	13
5103	5.10.03 Erwachsenenhilfe und Hilfen für schwangere Frauen	218.000	-287.800	168.045,95	-230.068,93	-49.954,06	57.531,07	
5104	5.10.04 Jugendhilfehaus Lensahn	824.200	0	811.817,56	0	-12.382,44	0,00	
5110	Fachdienst 5.11 Soziale Dienste (Jugend und Familie) Servicefach- dienst insbesondere für die Produkte des FD 5.10	0	0	0	0	0,00	0,00	
5400	Fachdienst 5.40 Schule, Bildung, Sport	1.598.700	-8.231.200	1.462.759,92	-8.990.215,04	-135.940,08	-759.015,04	
5401	5.40.01 Schulen	1.403.200	-7.754.000	1.277.042,90	-8.427.567,39	-126.157,10	-673.567,39	
5402	5.40.02 Service für Schulen	183.500	-212.300	174.775,30	-187.529,77	-8.724,70	24.770,23	
5403	5.40.03 Sportförderung	12.000	-264.900	10.941,72	-375.117,88	-1.058,28	-110.217,88	

11.1 – Geringere Heimkosten aufgrund verminderten Fallzahlenanstiegs u. a. als Ergebnis einer verstärkten Zugangssteuerung i. R. d. individuellen Hilfeplanung sowie positiver Ergebnisse aus den Pflegesatzverhandlungen.

11.2 - Verminderte Fallzahlen- und Kostenanstiege, höhere Kostenerstattungen durch den Bund.

12 – Das Ergebnis ist insbesondere durch erhöhte Landeserstattungen für das entgeltfreie letzte Kindergartenjahr beeinflusst.

13 – Die Abweichung ist in erster Linie in den finanziellen Auswirkungen durch die Abgabe der Gymnasien begründet, die in der Planungsphase so noch nicht vollständig bekannt war. Zudem galt es auch noch die Erkenntnisse aus dem Prüfbericht zur Eröffnungsbilanz umzusetzen. Dies gilt auch für Sportförderung, wo die Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten im Zusammenhang mit in der Vergangenheit gewährten investiven Zuwendungen höher als geplant ausgefallen ist.

Fachbereich / Fachdienst / Produkt (Beträge in €)		Personal aufwen- dungen	Jahres- ergebnis	Personal aufwendun- gen	Jahres ergebnis	Abweichung Ist ./ Plan (positiver Betrag = Ergeb- nisverbesserung)		Hinweis
Org.- Ziffer	Bezeichnung	Planansatz		Ist-Ergebnis		Personal- aufwand	Gesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	
6000	Fachbereich 6	4 933 400	-11 708 000	4 430 963,34	-10 148 706,02	-562 436,66	1 558 293,96	14
6200	Fachdienst 6.20 Boden- und Gewäs- erschutz, Abfall	1.245.600	-1.253.700	1.028.699,43	-1.126.961,15	-216.900,57	126.738,85	
6210	Fachdienst 6.21 Naturschutz und Landschaftspflege	726.800	-776.800	686.443,60	-740.360,03	-40.356,40	36.439,97	15
6610	Fachdienst 6.61 Regionale Planung	598.500	-6.275.300	511.770,27	-5.403.023,21	-86.729,73	872.276,79	

Fachbereich / Fachdienst / Produkt (Beträge in €)		Personal aufwen- dungen	Jahres- ergebnis	Personal aufwendun- gen	Jahres ergebnis	Abweichung Ist ./ Plan (positiver Betrag = Ergeb- nisverbesserung)		Hinweis
Org.- Ziffer	Bezeichnung	Planansatz		Ist-Ergebnis		Personal- aufwand	Gesamt	
1	2	3	4	5	6	7	8	
6611	6.61.01 Regionale Planung	360.700	-642.100	325.052,84	-827.413,92	-35.647,16	-185.313,92	16.1
6612	6.61.02 Denkmal- schutz	126.700	-139.000	90.589,92	-101.945,75	-36.110,08	37.054,25	
6613	6.61.03 Kreisbezoge- ner ÖPNV und Schü- lerbeförderung	111.100	-5.494.200	96.127,51	-4.473.663,54	-14.972,49	1.020.536,46	16.2
6630	Fachdienst 6.63 Bauordnung und Brandschutz	1.749.400	-1.038.400	1.589.914,36	-639.863,14	-159.485,64	398.536,86	17
6650	Fachdienst 6.65 Grundstücks- und Gebäudeservice	613.100	-2.363.800	614.135,68	-2.238.498,49	1.035,68	125.301,51	18
6651	6.65.01 Gebäudemana- gement	563.300	-1.240.400	567.168,12	-1.031.645,92	3.868,12	208.754,08	
6652	6.65.02 Kreisstraßen	49.800	-1.123.400	46.967,56	-1.206.852,57	-2.832,44	-83.452,57	

14+15 – Verminderter Personalaufwand und geringerer Aufwand für Sach- und Dienstleistungen entsprechend der Notwendigkeit des behördlichen Tätigwerdens.

16.1 – Die Umsetzung der erst nach der Planaufstellung bekannt gewordenen Erkenntnisse zu investiven Förderungen aus Vorjahren bedingen einen höheren Aufwand aus der Auflösung von Rechnungsabgrenzungsposten für Zuschüsse.

16.2 – Entgegen der Planung ist die Erstattung für ÖPNV-Leistungen höher und der Aufwand deutlich geringer ausgefallen. Die Veränderungen sind erst in den Folgejahren eingetreten.

17 - Steigerung im Gebührenaufkommen und verminderter Personalaufwand.

18 – Die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude hat einen geringeren Aufwand verursacht. Die durch die Interimswirtschaft aufgeschobenen Unterhaltungsmaßnahmen münden daher teilweise in das Folgejahr hinein.

3. Ertragslage im Kontext der allgemeinen Finanzierungsmittel

Plan-/Ist-Vergleich der allgemeinen Finanzierungsmittel:

	Plan 2009	Ergebnis 2009	Planab- weichung
Steuern und ähnliche Abgaben			
- Jagdsteuer	83.000 €	85.265,49 €	2.265,49 €
Zuwendungen und allgem. Umlagen			
- Schlüsselzuweisung vom Land (SZ)	34.515.100 €	34.515.144,00 €	44,00 €
- Fehlbetragszuweisung vom Land (auf das Ergebnis 2008)	650.000 €	1.278.000,00	628.000,00 €
- allgemeine Kreisumlage (KU)	55.006.700 €	55.006.700,00 €	0,00 €

4. Liquidität / Schuldenentwicklung

Die Finanzrechnung weist im Plan- / Ist-Vergleich folgende Ergebnisse aus:

Einzahlungs- und Auszahlungsarten (Beträge in €)	Fortgeschriebener Ansatz 2009	Ist-Ergebnis 2009	Vergleich Ansatz / Ist (Spalte 5 / Spalte 6)	übertragene Ermächtigungen für 2010 Haushaltsreste
I. Laufende Verwaltungstätigkeit				
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	193.514.100,00	195.139.223,60	-1.625.123,60	0,00
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	191.959.600,00	183.357.487,36	8.602.112,64	1.729.510,00
= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.554.500,00	11.781.736,24	-10.227.236,24	-1.729.510,00
II. Investitionstätigkeit				
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.830.700,00	852.617,15	2.978.082,85	0,00
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.922.000,00	3.819.371,25	5.102.628,75	4.169.788,79
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.091.300,00 geplanter Kreditbedarf	-2.966.754,10 tatsächlicher Kreditbedarf	-2.124.545,90	-4.169.788,79
A. Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (I. + II.)	-3.536.800,00	8.814.982,14	-12.351.782,14	-5.899.298,79
III. Finanzierungstätigkeit				
+ Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5.091.300,00	9.317.100,00	-4.225.800,00	0,00
+ Einzahlungen aus Rückflüssen von Darlehen aus der Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00
+ Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	12.000.000,00	-12.000.000,00	0,00
- Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.300.900,00	5.636.845,62	-4.335.945,62	0,00
- Auszahlungen aus der Gewährung von Darlehen zur Anlage liquider Mittel	0,00	0,00	0,00	0,00
- Tilgung von Kassenkrediten	0,00	23.300.000,00	-23.300.000,00	0,00
B. = Saldo aus Finanzierungstätigkeit	3.790.400,00	-7.619.745,62	11.410.145,62	0,00
Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (A. +B.)	253.600,00	1.195.236,52	-941.636,52	-5.899.298,79
+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	6.945.588,09	-6.945.588,09	0,00
C. = Liquide Mittel	253.600,00	8.140.824,61	-7.887.224,61	-5.899.298,79
D. Nachrichtlich: Fremde Finanzmittel § 14 GemH-VO-Doppik (Verwehr- und Vorschusskonten)	0,00	-2.072.197,84	2.072.197,84	0,00
E. = Liquide Mittel insgesamt (C. + D.)	253.600,00	6.068.626,77	-5.815.026,77	-5.899.298,79

Im Rechnungsabschnitt *Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit* wurde der erste doppelte Gesamtfinanzplan weitgehend am Zahlenwerk des Gesamtergebnisplanes ausgerichtet. Die Berücksichtigung periodenfremder Vorgänge, die in der Finanzrechnung zwingend

nach dem Zu- und Abflussprinzip abzubilden sind, konnte bei Abfassung des Finanzplanes nur unter Einschränkungen vollzogen werden. Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit weist einen erheblichen Finanzmittelüberschuss aus, der zur Ablösung von Kassenkrediten verwandt worden ist.

Im Hinblick auf die Investitionstätigkeit haben insbesondere Maßnahmenverzögerungen sowie die späte Haushaltsgenehmigung das Gesamtvolumen der veranschlagten Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nennenswert vermindert. Dementsprechend haben sich auch die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit – im Wesentlichen Zuweisungen oder Einzahlungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen – spürbar verringert. Hier war insoweit die Notwendigkeit gegeben, Ermächtigungen auf das Folgejahr zu übertragen, die die geplanten Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit gleichfalls mit einbeziehen.

Auf der Ebene der Finanzierungstätigkeit war die unterjährige Ablösung und Neuaufnahme von Investitions- und Kassenkrediten noch nicht in der Planung unterlegt. Diese betreffenden Vorgänge werden mit dem Finanzrechnungsergebnis nun weitergehend nachgezeichnet. Die Übernahme gesicherter Bestandsvorräte ist schließlich erst seit Vorlage der beschlossenen Eröffnungsbilanz möglich. Im Plan-/Ist-Abgleich sind daher insbesondere in der Finanzierungstätigkeit noch deutliche Abweichungen zu verzeichnen gewesen. Die positive Entwicklung auf Ebene der Ergebnisrechnung setzt sich unter Einbeziehung der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auch auf Ebene der Finanzrechnung fort. Der bedenklich hohe Stand an Kassen- und Investitionskrediten muss in diesem Kontext allerdings stets Mitbetrachtung finden.

Die **Schuldenentwicklung** verlief insgesamt noch moderat. Durch das Abwarten der Haushaltsgenehmigung, die mit Erlass vom 27.03.2009 erteilt wurde, sind *neue* Baumaßnahmen später gestartet worden. Die Anhebung des Umlagesatzes der Kreisumlage hatte zudem entsprechend höhere Erträge bewirkt. Die Erstattungen im Sozialbereich erfolgten zeitnah. Die Budgetergebnisse zeigen schließlich einen gegenüber der Planung geringeren Liquiditätsbedarf auf.

Insgesamt haben sich die Schulden wie folgt entwickelt:

	01.01.09	31.12.2009	Veränderung
Investitionskredite (davon aus übertragener Restkreditermächtigung (2008))	68.846 T€	72.526 T€	+3.680 T€ (2.618 T€)
Kassenkredite	27.500 T€	16.200 T€	- 11.300 T€

5. Investitionstätigkeit (vgl. Tabelle nächste Seite)

1	Einzahlungen und Auszahlungen der Investitionstätigkeit in €			Plan-Ansatz 2009			Ist-Ergebnis 2009			Abweichung 8./5
	2 Produktbereich	3 Einzahlungen	4 Auszahlungen	5 Plan ergebnis = Kreditbedarf	6 Einzahlungen	7 Auszahlungen	8 Jahres-Ist- ergebnis = Kreditbedarf	9		
	Gesamthaushalt	3.830.700	8.922.000	-5.091.300 = Kreditbedarf	852.617,15	3.819.371,25	-2.966.754,10 = Kreditbedarf	2.124.545,90		
01000	Fachbereich 1	18.500	474.600	-456.100	11.856,70	379.531,67	-367.674,97	88.425,03		
01100	Fachdienst 1.10 Personal und Organisation	100	474.600	-474.500	0,00	364.784,00	-364.784,00	109.716,00		
01200	Fachdienst 1.20	18.400	0	18.400	11.856,70	14.747,67	-2.890,97	-21.290,97		
03000	Fachbereich 3	1.607.800	5.687.700	-4.079.900	383.276,26	1.923.686,33	-1.530.410,07	2.549.489,93		
03150	Fachdienst 3.15 Kommunalaufsicht und Wahlen	0	5.100	-5.100	0,00	0,00	0,00	5.100,00		
03210	Fachdienst 3.21 Sicherheit und Ordnung	20.100	3.774.500	-3.754.400	241.994,71	1.730.612,23	-1.488.617,52	2.265.782,48		
03211	3.21.01 Allgemeine Ordnungsangelegenheiten	0	5.300	-5.300	0,00	0,00	0,00	5.300,00		
03213	3.21.03 Feuerwehrewesen und Katastrophenschutz	100	3.129.400	-3.129.300	241.994,71	1.144.449,53	-902.454,82	2.226.845,18		
03214	3.21.04 Rettungsdienst	20.000	639.800	-619.800	0,00	586.162,70	-586.162,70	33.637,30		
03220	Fachdienst 3.22 Verkehr	0	2.000	-2.000	0,00	0,00	0,00	2.000,00		
03540	Fachdienst 3.54 Gesundheit	1.587.700	1.906.100	-318.400	151.281,55	193.074,10	-41.792,55	276.607,45		
05000	Fachbereich 5	380.000	1.208.600	-828.600	383.637,17	1.097.027,44	-713.390,27	115.209,73		
05010	Fachdienst 5.01 Besondere soziale Hilfen	0	3.800	-3.800	0,00	1.421,94	-1.421,94	2.378,06		
05100	Fachdienst 5.10 Materielle und rechtliche Jugendhilfe	0	23.800	-23.800	0,00	344.831,44	-344.831,44	-321.031,44		
05101	5.10.01 Kinderbetreuung und institutionelle Förderung	0	0	0	0,00	330.781,44	-330.781,44	-330.781,44		
05104	5.10.04 Jugendhilfehaus Lensahn	0	23.800	-23.800	0,00	14.050,00	-14.050,00	9.750,00		
05400	Fachdienst 5.40 Schule, Bildung, Sport	380.000	1.181.000	-801.000	383.637,17	750.774,06	-367.136,89	433.863,11		
05401	5.40.01 Schulen	380.000	1.104.800	-724.800	383.637,17	726.186,82	-342.549,65	382.250,35		
05402	5.40.02 Service für Schulen	0	10.300	-10.300	0,00	0,00	0,00	10.300,00		
05403	5.40.03 Sportförderung	0	65.900	-65.900	0,00	24.587,24	-24.587,24	41.312,76		
06000	Fachbereich 6	1.824.400	1.551.100	273.300	63.667,02	419.125,81	-355.458,79	-628.758,79		
06210	Fachdienst 6.21 Naturschutz und Landschaftspflege	0	390.400	-390.400	0,00	0,00	0,00	390.400,00		
06610	Fachdienst 6.61 Regionale Planung	0	270.000	-270.000	0,00	37.057,74	-37.057,74	232.942,26		
06611	6.61.01 Regionale Planung	0	270.000	-270.000	0,00	0,00	0,00	270.000,00		
06613	6.61.03 Kreisbezogener ÖPNV und Schülerbeförderung	0	0	0	0,00	37.057,74	-37.057,74	-37.057,74		
06650	Fachdienst 6.65 Grundstücks- und Gebäudeservice, einschl. Kreisstraßen	1.824.400	890.700	933.700	63.667,02	382.068,07	-318.401,05	-1.252.101,05		

Im Wesentlichen sind folgende **investive Zahlungsvorgänge** zu nennen:

A. Auszahlungen
für investive Maßnahmen:

Konto	Bezeichnung	Betrag in €
781	Auszahlungen von Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, u. a. für Förderung Kindertagesstätten, Sportförderung, Förderung Feuerwehrfahrzeuge	1.162.891,55
782	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, z. B. für den Straßenbau	12.520,74
783	Auszahlungen für den Erwerb von <i>beweglichem</i> Anlagevermögen davon u.a. EDV Kreisverwaltung 351.721,27 € Feuerwehrwesen 108.816,67 € Rettungsdienst 505.201,45 € Gymnasien 185.347,06 € Berufliche Schulen 488.608,53 €	1.835.898,55
785	Auszahlungen für Baumaßnahmen davon u.a. o Feuerwehrübungsplatz Lensahn 553.850,04 € o Straßenbau 239.858,97 €	808.060,41
Investive Auszahlungen insgesamt (A)		<u>3.819.371,25 €</u>

B. Einzahlungen
für investive Maßnahmen / zur anteiligen Gegenfinanzierung:

Konto	Bezeichnung	Betrag in €
680 / 681	Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	763.900,08
682	Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	63.847,02
683	Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichem Anlagevermögen	13.013,35
686	Einzahlungen aus Rückflüssen	11.856,70
Investive Einzahlungen insgesamt (B)		<u>852.617,15 €</u>

C. Finanzierungslücke

Differenz Auszahlungen (A.) abzüglich der Einzahlungen (B.) = investiver Kreditbedarf	<u>2.966.754,10 €</u>
---	------------------------------

Die hierdurch bewirkten Veränderungen im Vermögensausweis der Bilanz werden im Anhang zum Jahresabschluss erläutert.

6. Mitarbeiter

Die personalwirtschaftlich eingetretenen Veränderungen und Entwicklungen ergeben sich aus dem **Personalbericht 2009**. Die Kenntnisnahme erfolgte im Hauptausschuss am 17.06.2010 und im Kreistag am 29.06.2010.

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Trägerwechsel der kreiseigenen Gymnasien zum 01.08.2009

Der Kreis Ostholstein war – beginnend mit dem Jahr 1979 – Träger von sieben Gymnasien. Auf der Grundlage der Änderung des Schulgesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 19.02.2008, in welchem u. a. auch die Trägerschaft für Schulen neu geregelt wurde, hat der Kreis Ostholstein per 01. August 2009 die Trägerschaft für seine Gymnasien einschließlich aller damit verbundenen Rechte und Pflichten auf die jeweiligen Standortkommunen übertragen. Bis zum Trägerwechsel hatte der Kreis die ihm als Träger der Gymnasien obliegenden Aufgaben unmittelbar zu erfüllen. Hierzu gehörten u. a. bauliche Maßnahmen und Maßnahmen des Brandschutzes zur Erfüllung behördlicher Auflagen.

Mit den neuen Trägerkommunen der Gymnasien wurden Verträge zur Übertragung der Schulträgerschaft abgeschlossen, welche den jeweiligen örtlichen Bedürfnissen zur Regelung des Schulträgerwechsels angepasst wurden.

Im Rahmen der Übertragung aller mit den Gymnasien verbundenen Rechte und Pflichten auf die Standortkommunen musste der Kreis Ostholstein auf die Übertragung von Darlehensverbindlichkeiten, die der Kreis zur Finanzierung der Gymnasien begründet hatte sowie auf die Erstattung der daraus ab Schulträgerwechsel resultierenden Kapitaldienstkosten, verzichten.

Der Wert des Grund und Bodens und des Gebäudes der kreiseigenen Gymnasien wurde bis zum Schulträgerwechsel zum 01. August 2009 unter der Bilanzposition Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte abgebildet. Zum 01.08.2009 wurde ein Aktivtausch zur Bilanzposition „Aktive Rechnungsabgrenzung“ vorgenommen.

Die finanziellen Auswirkungen werden im Anhang zur Bilanz (dort u. a. Pos. 1.2.2.2 erläutert). Entsprechend der Vorgaben nach § 40 Abs. 7 GemHVO-Doppik werden die Werte zukünftig aufgelöst und fließen als anteiliger Aufwand in die Ergebnisrechnung ein. Die dem Kreis in der Vergangenheit für die Gymnasien gewährten Zuwendungen werden weiterhin entsprechend der Restlaufzeit als anteiliger Ertrag berücksichtigt.

Schlussbericht des Fachdienstes Rechnungs- und Gemeindeprüfung über die Prüfung der Eröffnungsbilanz des Kreises Ostholstein auf den 01.01.2009

Neben dem vorstehend beschriebenen Vorgang hatte die Prüfung der Eröffnungsbilanz erhebliche Auswirkung auf die Erstellung des Jahresabschlusses 2009. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes beinhaltete eine Reihe von Hinweisen, die entsprechende Korrek-

turefordernisse im Jahresabschluss 2009 nach sich zogen. Die infolge des Berichtes und der betreffenden Stellungnahme zu vollziehenden Korrekturen der Eröffnungsbilanz sind Bestandteil des ersten doppelischen Jahresabschlusses für das Jahr 2009 geworden (siehe nachfolgende Ausführungen unter 8.).

Berichtigung des Forderungsbestandes im Rettungsdienst

Eine Überprüfung des aus Vorjahren übernommenen Forderungsbestandes *Entgelte aus Rettungsdienstesätzen* hat ergeben, dass Entgelte in Höhe von 664.842,39 € doppelt angeordnet worden sind. Weiter hat sich die Werthaltigkeit von Forderungen in Höhe von 129.198,31 € nicht bestätigt. Insgesamt musste so in Abstimmung mit dem Prüfungsamt ein Betrag von 794.040,70 € über die Position „negatives Eigenkapital“ verrechnet werden. Auf die Ergebnisrechnung 2009 hat dies keinen Einfluss.

8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Aufstellung und Beschluss der Eröffnungsbilanz

Gemäß § 54 GemHVO-Doppik war zum Stichtag 01.01.2009 eine Eröffnungsbilanz aufzustellen. Diese war nach § 95 n GO durch das Rechnungsprüfungsamt zu prüfen. Nach Abschluss der Prüfung war sie mit dem Prüfungsbericht dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Es ist nicht gelungen, die Eröffnungsbilanz so zeitgerecht aufzustellen, dass infolge der Jahresabschluss 2009 der gesetzlichen Vorgabe entsprechend zum 01.05.2009 aufgestellt und anschließend vom Kreistag beraten und beschlossen werden konnte. Die im Rahmen der Projektarbeit zusammengestellte vorläufige Eröffnungsbilanz wurde ab Mai 2010 von Prüferinnen und Prüfern des Rechnungsprüfungsamt des Kreises Ostholstein geprüft. Die im Rahmen der Prüfung festgestellten wesentlichen Ergebnisse wurden dem Fachdienst Finanzen übermittelt und entsprechend verarbeitet.

Am 06.12.2011 wurde die unter Einarbeitung der Prüfergebnisse aufgestellte Eröffnungsbilanz vom Kreistag beschlossen.

Änderung der beschlossenen Eröffnungsbilanz

Nach § 56 der Gemeindehaushaltsverordnung Schleswig-Holstein besteht die Möglichkeit, die Eröffnungsbilanz spätestens im vierten der Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss zu berichtigen.

Nach Prüfung der Eröffnungsbilanz durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Ostholstein blieben einige Punkte zur abschließenden Bearbeitung offen, die möglichst zur Abschlussbilanz 31.12.2009 aufzuklären waren.

Der in der Eröffnungsbilanz ausgewiesene nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag belief sich zum Bilanzstichtag unter Einbeziehung des Vorjahresfehlbetrages (15.313.897,71 €) auf insgesamt 38.764.257,63 €. Durch die erfolgten Korrekturbuchungen erhöht sich dieser Betrag zunächst um 488.201,09 € auf 39.252.458,72 €. Der Jahresüberschuss 2009 von 6.037.535,56 € reduziert diesen Betrag dann zum Stichtag 31.12.2009 auf 33.214.923,16 €.

Die Berichtigung der Eröffnungsbilanz erfolgt mit dem Beschluss zum Jahresabschluss 2009.

Nachlaufende Abrechnungen mit dem Land Schleswig-Holstein

Im Aufgabenfeld der Sozialen Sicherung hat die Prüfung der Abrechnungen gegenüber dem Land zur Folge gehabt, dass im Jahresabschluss 2009 sowie im Folgejahr noch Anpassungen zu vollziehen waren. Eine endgültige Auflösung dort existierender Forderungs- und Verbindlichkeitenkonten (ehem. Verwahr- und Vorschusskonten) soll mit Unterstützung des Rechnungsprüfungsamtes im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 entsprechend vollzogen werden.

9. Chancen und Risiken

Ein besonderes Risiko mit erheblicher finanzieller Wirkung stellt auch zukünftig die nicht immer vorhersehbare Entwicklung von Fallzahlen insbesondere in der Sozial- und Jugendhilfe dar. Bedingt durch die dabei hohen Schwankungen bei den Aufwendungen und Erträgen kann hiervon entscheidend ein Haushaltsausgleich abhängen. Aber auch der Liquiditätsbedarf und damit die Höhe der Kassenkredite hängt von dieser Entwicklung ab.

Haushaltsrisiken ergeben sich auch aus längerfristigen vertraglichen Zahlungsverpflichtungen/-vereinbarungen. Hiervon ist u. a. der Rettungsdienst betroffen; Durchführungsvertrag Rettungsdienst, Vereinbarung zur Luftrettung, Entgeltvereinbarungen. Im Gesundheitswesen sind hier die Vereinbarungen zur Suchtberatung betroffen. Die Entwicklung der Kosten im ÖPNV macht es erforderlich, zu prüfen, ob auch zukünftig im bereit gestellten Umfange Leistungen angeboten werden können. Die Finanzierungspflichten im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung sind mit dem Land schließlich weiter strittig.

Zwischen dem Betrieb gewerblicher Art (BgA) Steuerungsunterstützung und Service des Kreises und der Entwicklungsgesellschaft Ostholstein mbH (EGOH) ist ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag geschlossen. Der BgA hat auf dieser Grundlage etwaige Jahresfehlbeträge der EGOH, die mit der Haushaltsplanung veranschlagt werden, auszugleichen. Hierfür nutzt der BgA die ihm zufließenden Dividendenerträge aus der Beteiligung an der e.on Hanse AG. Die stetigen Änderungen im Steuerrecht führen zu einer latenten Gefahr, dass realisierte Anrechnungsmöglichkeiten eine geänderte steuerliche Beurteilung erfahren können.

Der Kreis insgesamt unterliegt der latenten Gefahr, dass die Wahrnehmung von Serviceaufgaben als umsatzsteuerpflichtiger Leistungsaustausch bewertet werden könnte. Hier bemühen sich die kommunalen Spitzenverbände um klarstellende Regelungen.

10. Eigenkapital, Haushaltskonsolidierung, Ausblick

Die Ergebnisrechnung 2009 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 6.037.535,56 € ab. Gegenüber der Haushaltsplanung 2009 (2. Nachtragshaushalt -1.826.400 €) bedeutet dies eine Verbesserung von 7.863.935,56 €. Für die **Fortschreibung** des mit dem letzten kameralen Jahresabschluss (2008) vorgetragenen **Fehlbetrages** von 15.313.897,71 € bewirkt dies, dass sich dieser rechnerisch um 6.037.535,56 € und damit **auf 9.276.362,15 € reduziert** hat.

Die Schlussbilanz weist einen **nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag** in Höhe von rd. 33,2 Mio. € und Kreditmarktschulden in Höhe von 88,7 Mio. € (inkl. der betreffenden Kassenkredite) aus. Die haushaltswirtschaftliche Schieflage, die sich über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren – insbesondere infolge der massiven Kostensteigerungen im Kontext der sozialen Sicherung – kontinuierlich aufgebaut hat, ist aus diesen Zahlen bereits deutlich abzulesen.

Für die Jahre 2009 – 2014 waren weitere, teils massive, Fehlbetragszuwächse prognostiziert worden. Zumindest für die Jahre 2009 und 2010 kann nun aber davon ausgegangen werden, dass statt eines Zuwachses ein teilweiser Abbau der Fehlbeträge gelungen ist. Für das Jahr 2011 muss indes weiter von einem erneuten Aufwachsen der entsprechenden Fehlbeträge ausgegangen werden. Da auch die künftigen Ertragsprognosen noch mit einem höheren Maß an Unsicherheit – insbesondere angesichts der noch möglichen Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise – verbunden sind, bleibt der Kreis zur fortgesetzten Konsolidierung seiner Haushaltswirtschaft aufgefordert.

Das erst Ende 2011 beschlossene Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte, an dem auch der Kreis Ostholstein hätte partizipieren können, ist durch die neue Landesregierung zunächst ausgesetzt worden. Es ist von daher offen, ob und in welcher Weise das Land die Haushaltskonsolidierung der Kommunen zukünftig unterstützen wird.

Nachdem der Kreis bereits in Vorjahren durch umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen alle eigenen Potenziale weitgehend ausgeschöpft hat, würde die Erbringung weiterer Eigenanteile beim Kreis eine massive Kraftanstrengung bedeuten. Eine nochmalige Anpassung des Kreisumlagehebesatzes könnte dabei dann ggf. unausweichlich werden.

Ausschlaggebend und entscheidend für zukünftige Haushaltsergebnisse dürfte aber auch sein, wie sich die Sozialhilfeaufwendungen weiter entwickeln. Die vom Bund zugesagte stufenweise Übernahme der Kosten für die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung – SGB XII“ wird den Sozialhilfe-Haushalt allerdings entscheidend entlasten können. Zu beobachten ist auch weiterhin die Leistungserbringung im ÖPNV, die zu einer Kostenexplosion führen kann und einen möglich Haushaltsausgleich wieder gefährden würde.

Eutin, den *3.9.2012*


Reinhard Sager
Landrat